

## 180'000 Franken für den Aufbau der afghanischen Armee?!

**Unsere traditionelle Neutralität verbietet es, dass sich die Schweiz in Kriegsgebieten engagiert. Kaum ein Konflikt ist zur Zeit so heikel wie der Krieg in Afghanistan. Aber ausgerechnet dort beteiligt sich die Schweiz am Truppen-Aufbau – ohne dass Bundesrat Maurer darüber informiert wurde.**

Die Schweiz wird sich mit Fr. 180'000.00 am „Nato-Treuhandfonds für Afghanistan“ beteiligen. Dies wurde im Verteidigungsdepartement VBS und Aussendepartement EDA entschieden. Pikant: Selbst Bundesrat Ueli Maurer musste – als Chef des VBS – davon aus den Medien erfahren...

Dieser Treuhandfonds wurde 2007 geschaffen, damit sich (neben den USA) auch andere Länder (finanziell) engagieren können. Er bildet einen „Mechanismus, um den Aufbau der afghanischen Armee zu unterstützen“.

Die Schweiz war aus Nato-Kreisen gebeten worden, einen Beitrag für den „friedens erzwingenden Einsatz“ in Afghanistan zu leisten. Wenigstens wurde verwaltungsintern (VBS und EDA) sofort entschieden, dass eine Beteiligung mit Schweizer Soldaten nicht (mehr) in Frage komme; still und heimlich wurden aber Fr. 180'000.00 bewilligt. Sie werden aus den Geldern entnommen, die für die „Partnerschaft für den Frieden“ vorgesehen sind.

Bedenklich ist die Argumentation, die nun verwaltungsintern aufgetischt wird: *„Die Neutralität ist von dieser Unterstützungsleistung nicht tangiert: Neutralitätsrechtlich wäre selbst eine Teilnahme mit Personal in der ISAF\* unbedenklich, weil der Einsatz unter einem Mandat des Uno-Sicherheitsrates stattfindet und es sich nicht um einen zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikt handelt.“*

Diese Argumentation ist völlig haltlos. Damit könnte man sogar Schweizer Soldaten an die Kriegs-Front nach Afghanistan schicken...

Nationalrat Luzi Stamm  
25. Februar 2010

\* Die ISAF (= „International Security Assistance Force“ = „Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe“) ist eine Mission unter NATO-Führung in Afghanistan. Sie wurde mit Genehmigung des UNO-Sicherheitsrats als „friedens erzwingender Einsatz“ bewilligt.